

## **Vertrag über die Prüfung von medizintechnischen Geräten (MTK, STK, DGUV V3)**

zwischen der BG Klinikum Murnau gGmbH, Prof.-Küntscher-Straße 8, 82418 Murnau, vertreten durch den Geschäftsführer Markus Schepp,

- nachfolgend „**Auftraggeberin**“ genannt –

und

der **Vertragspartner**

- nachfolgend „**Auftragnehmer**“ genannt –

- nachfolgend gemeinsam auch „**Parteien**“ genannt -

wird folgende **Vereinbarung** geschlossen:

### **Präambel**

Die Auftraggeberin ist eine Tochtergesellschaft der BG Kliniken - Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung gGmbH.

Als medizinische Einrichtung der gesetzlichen Unfallversicherung ist das BG Klinikum Murnau in der Rechtsform einer gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH) organisiert. Die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung stellen die obligatorischen Organe der gGmbH dar. Dem Kreis der Gesellschafter gehören neben der BG Kliniken - Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung gGmbH ausschließlich Träger der gesetzlichen Unfallversicherung Deutschlands an. Die BG Kliniken - Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung gGmbH ist Mehrheitsgesellschafterin des BG Klinikums Murnau.

Das BG Klinikum Murnau zählt zu den größten Traumazentren in Deutschland. Rund 2.220 Beschäftigte stellen die qualifizierte Versorgung von über 40.000 Patientinnen und Patienten jährlich sicher.

Der Auftragnehmer hat auf sein Angebot in dem EU-weiten Vergabeverfahren der Auftraggeberin über die Prüfung von medizintechnischen Geräten (MTK, STK, DGUV V3) (25-26 (200)) den Zuschlag erhalten.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Parteien Folgendes:

## **§ 1 Vertragsgegenstand**

- (1) Gegenstand dieses Vertrages ist die Durchführung von sicherheitstechnischen Kontrollen (STK), messtechnischen Kontrollen (MTK) sowie Prüfungen der elektrischen Sicherheit nach der DGUV Vorschrift 3 (DGUV V3) an Medizinprodukten.
- (2) Die Leistungen umfassen ausschließlich die Durchführung der in Absatz 1 genannten Prüfungen einschließlich der zugehörigen Dokumentation. Wartungs-, Instandsetzungs- oder sonstige Instandhaltungsleistungen sind nicht Gegenstand dieses Vertrages.
- (3) Die Leistungen beziehen sich auf die im Preisblatt genannten Gerätegruppen.
- (4) Die Durchführung der Prüfleistungen erfolgt auf Grundlage der einschlägigen gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften, insbesondere der Medizinprodukte-Betreiberverordnung (MPBetreibV), der DGUV Vorschrift 3 sowie unter Berücksichtigung der allgemein anerkannten Regeln der Technik und der Herstellerangaben.
- (5) Die Betreiberverantwortung für die Medizinprodukte und die Verantwortung für die Einhaltung der arbeitsschutzrechtlichen Pflichten verbleiben bei der Auftraggeberin.
- (6) Die Prüfleistungen werden ausschließlich an den von der Auftraggeberin benannten Geräten und innerhalb der von ihr vorgegebenen Prüfintervalle durchgeführt. Erfüllungsort und Leistungsort ist grundsätzlich der Sitz der Auftraggeberin, soweit die Parteien nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbaren.

## **§ 2 Vertragsbestandteile und Rangfolge**

- (1) Diese Vereinbarung besteht aus den folgenden Vertragsbestandteilen in nachstehender Reihenfolge, die zugleich Rangfolge ist:
  - a) Bestimmungen dieser Vertragsurkunde,
  - b) Leistungsbeschreibung (Anlage 1),
  - c) Preisblatt (Anlage 2),
  - d) Tariftreueerklärung (Anlage 3),
  - e) Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung (Anlage 4),

- f) Konzept zum Prüfablauf (Anlage 5),
  - g) Konzept für Personaleinsatz und Ausfallsicherung (Anlage 6),
  - h) Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) – Ausgabe 2003.
- (2) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sowie sonstige von der Auftraggeberin nicht geforderte, dem Angebot beigefügte Unterlagen und Bedingungen des Auftragnehmers sind nicht Vertragsbestandteil, auch wenn die Auftraggeberin ihrer Geltung nicht ausdrücklich widersprochen hat. Dies gilt auch dann, wenn der Auftragnehmer sich im zukünftigen Schriftverkehr darauf bezieht oder darauf hinweist.

### **§ 3 Einsatz von Nachunternehmen**

- (1) Möchte der Auftragnehmer Nachunternehmer einsetzen, die im Vergabeverfahren noch nicht benannt wurden, hat er vor dem beabsichtigten Einsatz die Zustimmung der Auftraggeberin einzuholen. Die Auftraggeberin kann Nachunternehmer bei Zweifeln an deren Eignung ablehnen. Sofern die Auftraggeberin Zweifel an der Eignung von bereits im Vergabeverfahren benannten Nachunternehmern hat, kann sie deren Ersetzung verlangen und dem Auftragnehmer dafür eine angemessene Frist setzen.
- (2) Der Auftragnehmer darf nur Nachunternehmer einsetzen, die geeignet sind. Sämtliche im Vergabeverfahren geforderten Nachweise zur Eignung (bezogen auf die vom Nachunternehmer zu erbringende Leistung oder Teilleistung) sind der Auftraggeberin vor Übertragung der Leistung unaufgefordert vorzulegen.
- (3) Die Beauftragung von Nachunternehmern erfolgt im Auftrag und auf Rechnung des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer ist für die Einhaltung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag durch den Nachunternehmer verantwortlich. Auf Verlangen der Auftraggeberin hat er die Einhaltung der Verpflichtungen nachzuweisen.
- (4) Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass im Fall der Beauftragung eines genehmigten Nachunternehmers dieser die ihm übertragenen Leistungen nicht seinerseits weitervergibt, es sei denn, die Auftraggeberin hat zuvor schriftlich zugestimmt.

### **§ 4 Verantwortlichkeiten der Parteien**

- (1) Die Auftraggeberin bleibt Betreiberin der Medizinprodukte im Sinne der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und trägt die Verantwortung für deren sicheren Betrieb sowie für die Einhaltung der gesetzlichen und behördlichen Anforderungen, insbesondere nach der MPBetreibV und den arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften.

- (2) Die Verantwortung der Auftraggeberin umfasst insbesondere:
  - a) die Auswahl und Bereitstellung der zu prüfenden Medizinprodukte,
  - b) die Festlegung der Prüfintervalle,
  - c) die rechtzeitige Beauftragung der Prüfleistungen,
  - d) die Entscheidung über Maßnahmen aufgrund festgestellter Mängel, insbesondere über die weitere Verwendung oder Außerbetriebnahme von Geräten.
- (3) Der Auftragnehmer ist verantwortlich für die ordnungsgemäße Durchführung der von ihm übernommenen Prüfleistungen nach Maßgabe dieses Vertrages sowie der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und allgemein anerkannten Regeln der Technik.
- (4) Der Auftragnehmer ist insbesondere verpflichtet:
  - a) die Prüfleistungen fachgerecht und nach dem Stand der Technik durchzuführen,
  - b) die Bereitstellung und Einsetzung geeigneter und kalibrierter Prüfmittel, deren Rückführbarkeit auf nationale oder internationale Normale sichergestellt ist,
  - c) festgestellte Mängel und sicherheitsrelevante Befunde unverzüglich der Auftraggeberin mitzuteilen,
  - d) die Prüfergebnisse nachvollziehbar zu dokumentieren.

## **§ 5 Prüfverfahren und Prüfumfang**

- (1) Der Auftragnehmer hat die Prüfleistungen nach einheitlichen, nachvollziehbaren und dem Stand der Technik entsprechenden Prüfverfahren durchzuführen.
- (2) Die Prüfverfahren und der Prüfumfang richten sich insbesondere nach:
  - a) den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften,
  - b) der Richtlinie VDI 5707 in ihrer jeweils gültigen Fassung,
  - c) den Herstellerangaben und Gebrauchsanweisungen,
  - d) den jeweiligen Einsatz- und Umgebungsbedingungen der Medizinprodukte.
- (3) Der Prüfumfang umfasst alle für die Beurteilung der Sicherheit, Funktionsfähigkeit und der Messrichtigkeit erforderlichen Prüfungen.
- (4) Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die angewendeten Prüfverfahren und Prüfmittel geeignet sind, sicherheitsrelevante Mängel, Funktionsstörungen sowie Messabweichungen zuverlässig zu erkennen.

- (5) Abweichungen von den allgemein anerkannten Regeln der Technik oder den Herstellerangaben sind nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig, wenn diese sachlich gerechtfertigt sind und die Sicherheit sowie Funktionsfähigkeit der Medizinprodukte hierdurch nicht beeinträchtigt werden. Solche Abweichungen sind vorab anzuzeigen, zu dokumentieren und zu begründen.
- (6) Festgestellte Mängel und sicherheitsrelevante Befunde sind entsprechend diesem Vertrag unverzüglich zu dokumentieren und der Auftraggeberin mitzuteilen.

## **§ 6 Durchführung der sicherheitstechnischen Kontrollen (STK)**

Die Durchführung der STK umfasst insbesondere:

- a) die Prüfung der Funktionsfähigkeit und Betriebssicherheit der Medizinprodukte im bestimmungsgemäßen Betrieb,
- b) die Durchführung von Sichtprüfungen, Funktionsprüfungen sowie sicherheitsrelevanten Prüfungen,
- c) die Überprüfung von sicherheitsrelevanten Einrichtungen, Anzeige- und Alarmsystemen,
- d) die Einbeziehung der für den sicheren Betrieb erforderlichen Zubehörteile und Gerätekombinationen.

## **§ 7 Durchführung der messtechnischen Kontrollen (MTK)**

Die Durchführung der MTK erfolgt unter Beachtung des Leitfadens der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt zu messtechnischen Kontrollen von Medizinprodukten mit Messfunktion in der jeweils geltenden Fassung und umfasst insbesondere:

- a) die Prüfung der Messgenauigkeit und Messsicherheit der Medizinprodukte,
- b) die Durchführung geeigneter, dem Stand der Technik entsprechender messtechnischer Prüfverfahren einschließlich der Ermittlung und Bewertung von Messwerten,
- c) den Vergleich der ermittelten Messwerte mit den zulässigen Grenz- und Toleranzwerten,
- d) die Feststellung, ob die Medizinprodukte die vorgesehenen Messfunktionen ordnungsgemäß erfüllen.

## **§ 8 Durchführung der Prüfungen nach der DGUV Vorschrift 3 (DGUV V 3)**

Die Durchführung der Prüfungen umfasst insbesondere:

- a) die Prüfung des ordnungsgemäßen Zustands der elektrischen Betriebsmittel,
- b) die Durchführung von Sichtprüfungen, Messungen und Funktionsprüfungen,
- c) die Bewertung der elektrischen Sicherheit der Betriebsmittel,
- d) die Feststellung, ob die Betriebsmittel den geltenden Sicherheitsanforderungen entsprechen.

## **§ 9 Prüfintervalle und Beauftragung**

- (1) Die Festlegung der Prüfintervalle für sicherheitstechnische Kontrollen, messtechnische Kontrollen sowie Prüfungen nach der DGUV Vorschrift 3 obliegt der Auftraggeberin.
- (2) Die Auftraggeberin beauftragt den Auftragnehmer rechtzeitig mit der Durchführung der jeweiligen Prüfleistungen und benennt die zu prüfenden Medizinprodukte sowie die vorgesehenen Prüfzeiträume.
- (3) Die Durchführung der konkreten Prüftermine vor Ort erfolgt in Abstimmung mit den Abteilungen bzw. Stationen. Dabei hat der Auftragnehmer jedoch die von der Auftraggeberin vorgegebenen Prüfintervalle und Prüfzeiträume verbindlich zu beachten.
- (4) Die Durchführung von Prüfleistungen außerhalb der vereinbarten Prüfintervalle oder an nicht beauftragten Geräten bedarf einer gesonderten Beauftragung.

## **§ 10 Leistungsstörungen**

- (1) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die vertraglich geschuldeten Prüfleistungen auch bei Ausfällen von Personal (z. B. Krankheit, Urlaub) ordnungsgemäß und fristgerecht erbracht werden. Hierzu hat er fachlich qualifiziertes und geeignetes Ersatzpersonal, vgl. § 11, ohne zusätzliche Kosten für die Auftraggeberin einzusetzen.
- (2) Der Auftragnehmer hat Störungen, Verzögerungen oder sonstige Umstände, die eine ordnungsgemäße oder fristgerechte Leistungserbringung gefährden, der Auftraggeberin unverzüglich in Textform anzuzeigen.
- (3) Kommt der Auftragnehmer mit der Durchführung der vertraglich geschuldeten Leistungen in Verzug oder erbringt er diese nicht oder nicht ordnungsgemäß, ist die Auftraggeberin nach fruchtlosem Ablauf einer angemessenen Frist berechtigt, die Leistungen selbst oder durch Dritte durchführen zu lassen (Ersatzvornahme). In dringenden Fällen, insbesondere bei Gefährdung des sicheren Betriebs von Medizinprodukten, ist eine vorherige Fristsetzung entbehrlich. Die hierdurch entstehenden Mehrkosten trägt der Auftragnehmer.

## **§ 11 Anforderungen an Personal und Qualifikation**

- (1) Der Auftragnehmer setzt für die Durchführung der Prüfleistungen ausschließlich fachlich qualifiziertes und geeignetes Personal ein. Maßgeblich ist hierbei insbesondere die Richtlinie VDI 5707 in ihrer jeweils gültigen Fassung. Es werden mindestens zwei Personen eingesetzt, die über die Qualifikation eines Staatlich Geprüften Medizintechnikers mit mehrjähriger Berufserfahrung verfügen.
- (2) Das eingesetzte Personal muss über die für die jeweiligen Prüfleistungen erforderliche Ausbildung, Fachkenntnis und praktische Erfahrung verfügen. Dies umfasst insbesondere auch gerätespezifische Kenntnisse der jeweils zu prüfenden Medizinprodukte.
- (3) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass das eingesetzte Personal regelmäßig fortgebildet wird.
- (4) Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin auf Verlangen geeignete Nachweise über die Qualifikation des eingesetzten Personals vorzulegen.
- (5) Die Auftraggeberin ist berechtigt, den Einsatz von Personal abzulehnen oder dessen Austausch zu verlangen, wenn begründete Zweifel an der fachlichen Eignung oder Zuverlässigkeit bestehen. In diesem Fall hat der Auftragnehmer unverzüglich geeignetes Ersatzpersonal zu stellen.

## **§ 12 Anforderungen an Prüfmittel**

- (1) Der Auftragnehmer hat für die Durchführung der Prüfleistungen ausschließlich geeignete, dem Stand der Technik entsprechende Prüf- und Messmittel einzusetzen. Maßgeblich ist hierbei insbesondere die Richtlinie VDI 5707 in ihrer jeweils gültigen Fassung.
- (2) Die eingesetzten Prüf- und Messmittel müssen regelmäßig überprüft und kalibriert sein. Die Rückführbarkeit der Messmittel auf nationale oder internationale Normale ist sicherzustellen.
- (3) Nachweise über die Kalibrierung und Eignung der eingesetzten Prüf- und Messmittel sind der Auftraggeberin auf Verlangen vorzulegen.

## **§ 13 Dokumentation und Prüfprotokolle**

- (1) Der Auftragnehmer hat über jede durchgeführte Prüfung ein Prüfprotokoll zu erstellen. Die Dokumentation muss vollständig, nachvollziehbar und prüfbar sein. Für jede Prüffart (insbesondere STK, MTK und DGUV V3) ist ein separates Prüfprotokoll zu erstellen.

- (2) Die Prüfprotokolle müssen insbesondere folgende Angaben enthalten:
- a) Identifikation des geprüften Medizinprodukts (z. B. Gerätebezeichnung, Typ, Seriennummer, Inventarnummer),
  - b) Art der durchgeführten Prüfung (STK, MTK, DGUV V3),
  - c) Datum der Prüfung,
  - d) angewandte Prüfverfahren und verwendete Prüfmittel,
  - e) Messergebnisse und festgestellte Befunde,
  - f) Bewertung des Prüfergebnisses, insbesondere hinsichtlich der Betriebssicherheit und – soweit einschlägig – der Messrichtigkeit,
  - g) festgestellte Mängel und sicherheitsrelevante Abweichungen,
  - h) Angaben zur nächsten fälligen Prüfung (soweit zutreffend),
  - i) Name und Identifikation der prüfenden Person.
- (3) Die Prüfprotokolle sind der Auftraggeberin unverzüglich nach Durchführung der jeweiligen Prüfung zur Verfügung zu stellen.
- (4) Die Dokumentation erfolgt in elektronischer Form, insbesondere im PDF-Format. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die Dokumentation dauerhaft lesbar, gegen Verlust gesichert und jederzeit verfügbar ist.
- (5) Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die Dokumentation den gesetzlichen Anforderungen entspricht und für behördliche Kontrollen sowie interne Audits der Auftraggeberin geeignet ist.
- (6) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Dokumentation auf Verlangen der Auftraggeberin zu erläutern und bei der Auswertung der Prüfergebnisse mitzuwirken.

## **§ 14 Kennzeichnung der geprüften Medizinprodukte**

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Medizinprodukte nach Durchführung sicherheitstechnischer Kontrollen und messtechnischer Kontrollen mit einem Zeichen zu versehen, aus dem sich das Datum der nächsten fälligen Prüfung eindeutig ergibt. Das Zeichen ist unmittelbar am Medizinprodukt anzubringen; dies erfolgt in der Regel durch Anbringung einer Prüfplakette oder eines vergleichbaren dauerhaften Kennzeichens.
- (2) Das angebrachte Zeichen muss gut sichtbar, dauerhaft und eindeutig zuordenbar sein und insbesondere folgende Angaben enthalten:
- a) das Datum der nächsten fälligen Prüfung,
  - b) eine eindeutige Zuordnung zum Auftragnehmer oder zur prüfenden Person.



- (3) Erfolgte Prüfungen nach der DGUV Vorschrift 3 sind ebenfalls entsprechend den Vorgaben aus Abs. 1 und Abs. 2 kenntlich zu machen.
- (4) Das Zeichen ist so anzubringen, dass es gegen unbeabsichtigtes Entfernen geschützt ist und die bestimmungsgemäße Verwendung des Medizinprodukts nicht beeinträchtigt.
- (5) Ist das Anbringen eines Zeichens am Gerät aus technischen oder hygienischen Gründen nicht möglich oder nicht zulässig, ist der Prüfstatus in der Dokumentation gemäß § 13 eindeutig und jederzeit nachvollziehbar zu hinterlegen.

## **§ 15 Umgang mit Mängeln und sicherheitsrelevanten Befunden**

- (1) Der Auftragnehmer hat im Rahmen der Prüfleistungen festgestellte Mängel, Funktionsstörungen, Messabweichungen sowie sonstige sicherheitsrelevante Befunde vollständig zu dokumentieren.
- (2) Sicherheitsrelevante Mängel, die den sicheren Betrieb eines Medizinprodukts beeinträchtigen oder gefährden können, sind der Auftraggeberin unverzüglich mitzuteilen.
- (3) Der Auftragnehmer hat die festgestellten Mängel nach ihrer sicherheitstechnischen Relevanz zu bewerten und entsprechend kenntlich zu machen.
- (4) Die Entscheidung über Maßnahmen aufgrund festgestellter Mängel, insbesondere über die weitere Verwendung, Einschränkung der Nutzung oder Außerbetriebnahme von Medizinprodukten, obliegt ausschließlich der Auftraggeberin.
- (5) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, bei Gefahr im Verzug auf eine sofortige Außerbetriebnahme hinzuweisen.
- (6) Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass seine Mitarbeiter Mängel, Schäden, Störungen und Gefahrenstellen unverzüglich der Auftraggeberin melden.

## **§ 16 Zusammenarbeit und Kommunikation**

- (1) Die Parteien arbeiten vertrauensvoll zusammen und unterstützen sich gegenseitig bei der Durchführung dieses Vertrages.
- (2) Die Auftraggeberin ist berechtigt, sich jederzeit von der vertragsgemäßen Ausführung der Leistungen zu überzeugen. Der Auftragnehmer hat hierzu die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Einsicht in die relevanten Unterlagen zu gewähren.
- (3) Der Auftragnehmer hat die Auftraggeberin auf Verlangen über den aktuellen Stand der Leistungserbringung zu informieren.

- (4) Die Auftraggeberin ist berechtigt, den in ihrer Einrichtung tätigen Mitarbeitern des Auftragnehmers im Rahmen der betrieblichen Abläufe sowie zur Einhaltung von Arbeitsschutz-, Sicherheits- und Hygienebestimmungen Weisungen zu erteilen. Ein fachliches Weisungsrecht steht der Auftraggeberin jedoch nicht zu.
- (5) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass seine Mitarbeiter die betrieblichen Regelungen der Auftraggeberin, insbesondere zu Arbeitssicherheit, Hygiene und Zutrittsregelungen, einhalten.

## **§ 17 Vergütung**

- (1) Die Vergütung richtet sich nach dem Preisblatt (Anlage 2). Vereinbarte Einheitspreise oder Pauschalpreise sind jeweils Festpreise.
- (2) Die Preise umfassen sämtliche Nebenkosten einschließlich Reisekosten sowie alle für die ordnungsgemäße Leistungserbringung erforderlichen Aufwendungen. Eine über die Festpreise hinausgehende Vergütung wird nicht gewährt.
- (3) Die Abrechnung erfolgt auf Grundlage der tatsächlich zur Prüfung bereitgestellten und durch den Auftragnehmer geprüften Geräte. Eine Vergütung für nicht bereitgestellte oder nicht geprüfte Geräte wird nicht gewährt.

## **§ 18 Rechnungen und Zahlung**

- (1) Rechnungen werden der Auftraggeberin gestellt nach Leistungserbringung sowie Prüfung und Freigabe durch die Medizintechnik. Der Rechnung ist eine Auflistung der Leistungen unter Bezeichnung der einzelnen Positionen gemäß Preisblatt beizufügen.
- (2) Rechnungen werden ohne abweichende Vereinbarung in einfacher Ausfertigung auf die Auftraggeberin ausgestellt und in elektronischer Form übermittelt. Sofern die Voraussetzungen der Verordnung über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen des Bundes (E-Rechnungsverordnung - ERechV) erfüllt sind, ist die Übermittlung der Rechnung über die Leitweg ID 992-80422-48 der Auftraggeberin über die Rechnungseingangsplattform OZG-RE nach den Vorschriften dieser Verordnung vorzunehmen. Im Übrigen erfolgt die Rechnungsstellung an eine von der Auftraggeberin nach Vertragsschluss benannte E-Mail-Adresse.
- (3) In den Rechnungen sind neben Umfang und Wert die folgenden Angaben zu machen:
  - die Auftragsnummer der Medizintechnik,
  - die Geräteart und Anzahl,
  - die Einzelpreise der Leistungen,

- die Gesamtrechnungssumme.
- (4) Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer gilt.
  - (5) Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.
  - (6) Die Zahlung des Rechnungsbetrages erfolgt binnen 30 Tagen nach Eingang der prüfbaren Rechnung. Alle Zahlungen werden bargeldlos in Euro geleistet. Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag der Abgabe oder Absendung des Zahlungsauftrags an ein Geldinstitut.
  - (7) Bei Rückforderungen der Auftraggeberin aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
  - (8) Im Falle der Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 9 % über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen. Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.

## **§ 19 Abtretung**

- (1) Forderungen des Auftragnehmers gegen die Auftraggeberin können ohne Zustimmung der Auftraggeberin nur abgetreten werden, wenn die Abtretung sich auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen Nachträge erstreckt. Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin gegen sie wirksam.
- (2) Eine Abtretung wirkt gegenüber der Auftraggeberin erst
  - a) wenn sie ihr vom alten Gläubiger (Auftragnehmer) und vom neuen Gläubiger unter genauer Bezeichnung der auftraggebenden Stelle und des Auftrages schriftlich angezeigt worden ist und
  - b) wenn der neue Gläubiger eine Erklärung mit folgendem Inhalt abgegeben hat:
    1. dass die Erfüllung der Forderung nur nach Maßgabe der vertraglichen Bestimmungen beansprucht werden kann,

2. dass mir gemäß § 404 BGB die Einwendungen entgegengesetzt werden können, die zur Zeit der Abtretung gegen den bisherigen Gläubiger begründet waren,
3. dass die Aufrechnung mit Gegenforderungen in den Grenzen des § 406 BGB zulässig ist,
4. dass eine durch mich vorgenommene weitere Abtretung gegenüber der Auftraggeberin nicht wirksam ist.

Zahlungen, die die Auftraggeberin nach der Abtretung an den Auftragnehmer leistet, lasse ich gegen mich gelten, wenn vom Zugang der Abtretungsanzeige bei der Auftraggeberin bis zum Tag der Zahlung (Tag der Hingabe oder Absendung des Überweisungsauftrags an die Post oder Geldanstalt) noch nicht 6 Werktage verstrichen sind. Dies gilt nicht, wenn der für die Zahlung zuständige Mitarbeiter schon vor Ablauf dieser Frist von der Abtretungsanzeige Kenntnis hatte.“

- (3) Abtretungen aus mehreren Aufträgen sind für jeden Auftrag gesondert anzuzeigen.
- (4) Ohne Einhaltung der vorgenannten Abtretungsvoraussetzungen kann der Auftragnehmer Geldforderungen an einen Dritten abtreten, wenn der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches (HGB) ist und das Rechtsgeschäft, das die Forderung begründet hat, für ihn ein Handelsgeschäft ist (siehe § 354 a S. 1 HGB). Die Forderungsabtretung entfaltet dann aber keine bindende Wirkung gegenüber der Auftraggeberin; sie kann vielmehr weiterhin mit befreiender Wirkung an den Auftragnehmer Zahlungen leisten. Das gilt auch dann, wenn die Forderungsabtretung der Auftraggeberin angezeigt wird oder sie anderweitig davon Kenntnis erlangt (siehe § 354 a S. 2 und 3 HGB).

## **§ 20 Versicherung**

- (1) Der Auftragnehmer hält eine Haftpflichtversicherung oder eine vergleichbare marktübliche Versicherung mit einer Haftpflichtdeckungshöhe von mindestens 7,5 Mio. Euro für Personen- und Sachschäden und von mindestens 100.000,-- EUR für Vermögensschäden pro Versicherungsjahr (2-fach maximiert) und Schadensfall vor.
- (2) Der Auftragnehmer wird diesen Versicherungsschutz bis zum Abschluss seiner Vertragserfüllung aufrechterhalten, mindestens aber bis zur Verjährung der Mängelansprüche. Die Auftraggeberin ist vor und während der Leistungsausführung jederzeit berechtigt, vom Auftragnehmer einen Nachweis des Bestehens der Versicherung zu verlangen.

## **§ 21 Laufzeit und Kündigung**

- (1) Die Laufzeit des Vertrages beginnt am 01.01.2027 und endet mit Ablauf des 31.12.2028, ohne dass es einer Kündigung bedarf (Festlaufzeit).
- (2) Die Auftraggeberin kann den Vertrag zwei Mal einseitig um jeweils ein weiteres Jahr verlängern. Die Verlängerungsoption gilt als ausgeübt, wenn die Auftraggeberin der Verlängerung nicht spätestens drei Monate vor Ablauf der jeweiligen Vertragslaufzeit widerspricht. Die Vertragslaufzeit endet spätestens am 31.12.2030.
- (3) Die Auftraggeberin ist berechtigt, im Zusammenhang mit der Ausübung der Verlängerungsoption einzelne Gerätegruppen ganz oder teilweise aus dem Leistungsumfang dieses Vertrages herauszunehmen. Hierzu hat die Auftraggeberin dem Auftragnehmer spätestens drei Monate vor Ablauf der jeweiligen Vertragslaufzeit eine entsprechende Erklärung zu übermitteln. Für die verbleibenden Leistungen gelten die vertraglichen Regelungen unverändert fort.
- (4) Eine außerordentliche Kündigung aus wichtigem Grund richtet sich nach den Regeln des § 314 BGB. Ein wichtiger Grund zur Kündigung durch die Auftraggeberin liegt insbesondere vor,
  - a) wenn der Auftragnehmer trotz schriftlicher Abmahnung und angemessener Fristsetzung seine Pflichten zur ordnungsgemäßen Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben nicht erfüllt; betrifft die Nichterfüllung nur einzelne Leistungen, so ist ein wichtiger Grund nur dann gegeben, wenn die dadurch eingetretene Leistungsstörung ein derartiges Gewicht hat, dass dadurch oder im Zusammenhang mit anderen Leistungsstörungen eine wesentliche Störung in der ordnungsgemäßen Erfüllung der übertragenen Aufgaben insgesamt eintritt; wenn und soweit der Auftragnehmer die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat, liegt ein wichtiger Grund allerdings nur vor, wenn der Auftraggeberin das Festhalten am Vertrag nicht mehr zumutbar ist;
  - b) wenn der Auftragnehmer ohne vorherige Zustimmung der Auftraggeberin Nachunternehmer zur Leistungserbringung einsetzt.Der anderen Partei ist vor der Kündigung aus wichtigem Grund Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (5) Kündigungen, Widersprüche nach Abs. 2 sowie Erklärungen nach Absatz 3 bedürfen der Schriftform.

## **§ 22 Wettbewerbsbeschränkungen, Antikorruptionsklausel**

- (1) Unbeschadet sonstiger Kündigungs- und Rücktrittsrechte ist die Auftraggeberin gem. § 314 BGB berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen oder von ihm zurückzutreten,

wenn der Auftragnehmer, einer seine Mitarbeiter oder ein von ihm eingesetzter Nachunternehmer

- a) aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt;
  - b) der Auftraggeberin oder deren Mitarbeitern oder von diesen beauftragten Dritten, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags betraut sind, oder ihnen nahestehenden Personen, Geschenke, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellt, anbietet, verspricht oder gewährt;
  - c) gegenüber der Auftraggeberin, deren Mitarbeitern oder beauftragten Dritten strafbare Handlungen begeht oder dazu Beihilfe leistet, die unter § 298 StGB (Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen), § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 333 StGB (Vorteilsgewährung), § 334 StGB (Bestechung) oder unter das Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) fallen.
- (2) Wenn der Auftragnehmer nachweislich Handlungen gem. Abs. 1 lit. a) vorgenommen hat, ist er der Auftraggeberin zu einem pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 v.H. der Abrechnungssumme verpflichtet, es sei denn, der Auftragnehmer weist nach, dass ein Schaden überhaupt nicht oder wesentlich niedriger entstanden ist. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt oder bereits erfüllt ist.
- (3) Bei nachgewiesenen Handlungen gem. Abs. 1 lit. b) oder lit. c) ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe 5 v.H. der Abrechnungssumme der bis zum Zeitpunkt des Nachweises abgerechneten Leistungen verpflichtet.
- (4) Soweit mehrere Verstöße auf demselben Lebenssachverhalt beruhen, werden Vertragsstrafe und Schadensersatz aufeinander angerechnet.
- (5) Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche der Auftraggeberin bleiben unberührt.

## **§ 23 Geheimhaltung**

- (1) Die Parteien verpflichten sich, sämtliche Geschäftsgeheimnisse, einschließlich des Vertragsinhalts und anderer als vertraulich gekennzeichneten Informationen der jeweils anderen Partei („vertrauliche Informationen“), vertraulich zu behandeln. Die empfangende Partei („Empfänger“) wendet hierbei mindestens die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns an.

- (2) Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich im Zusammenhang mit diesem Vertrag genutzt werden. Eine Weitergabe an Dritte bedarf der vorherigen Zustimmung der offenlegenden Partei. Keine Dritten im Sinne dieser Regelung sind verbundene Unternehmen sowie gesetzlich zur Verschwiegenheit verpflichtete Berater. Insbesondere willigt der Auftragnehmer in die Weitergabe von Informationen, Äußerungen oder Arbeitsergebnissen, die auf Grund dieses Vertrages durch ihn geäußert bzw. erstellt werden, an die Konzernunternehmen der BG Kliniken - Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung gGmbH ein, auch wenn diese Geschäftsgeheimnisse darstellen.
- (3) Der Empfänger ist zur Offenlegung verpflichtet, soweit gesetzlich erforderlich. Sofern zulässig, informiert der Empfänger die offenlegende Partei vorab.
- (4) Mitarbeiter und Dritte, denen vertrauliche Informationen weitergegeben werden, sind zur vertraulichen Behandlung verpflichtet, auch nach Beendigung ihres Einsatzes. Der Auftragnehmer verpflichtet seine Mitarbeiter sowie eingesetzte Dritte schriftlich zur Wahrung der Vertraulichkeit.
- (5) Von der Vertraulichkeitsverpflichtung ausgenommen sind Informationen, die
  - a) bei Vertragsabschluss allgemein bekannt waren oder ohne Vertragsverstoß allgemein bekannt werden,
  - b) unabhängig von diesem Vertrag entwickelt wurden, oder
  - c) von Dritten ohne Vertraulichkeitsverpflichtung erlangt wurden.
- (6) Nach Vertragsbeendigung sind vertrauliche Informationen auf Verlangen der offenlegenden Partei herauszugeben oder zu löschen, ausgenommen gesetzlich aufbewahrungspflichtige Informationen und Datensicherungen aus regulären Backup-Prozessen.
- (7) Die Vertraulichkeitsverpflichtung gilt für die Vertragslaufzeit und drei Jahre darüber hinaus.

## **§ 24 Datenschutz, Schweigepflicht und IT-Sicherheit**

- (1) Die Parteien verpflichten sich zur Einhaltung aller geltenden Datenschutzvorschriften, insbesondere DSGVO, BDSG und StGB. Sie verpflichten ihre Mitarbeiter, Nachunternehmer und sonstige Beteiligte entsprechend und weisen diese auf die relevanten Datenschutzbestimmungen hin.
- (2) Soweit § 203 Abs. 4 StGB Anwendung findet, unterliegen der Auftragnehmer und seine Beteiligten einer strafbewehrten Verschwiegenheitspflicht, über die der Auftragnehmer sie aufzuklären hat.

- (3) Erhält der Auftragnehmer personenbezogene Daten, für die die Auftraggeberin Verantwortlicher i.S.d. Art. 4 Nr. 7 DSGVO ist, erfolgt die Verarbeitung als weisungsgebundener Auftragsverarbeiter. Die Parteien schließen zu diesem Zweck eine Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung (Anlage 4) ab. Die Verarbeitung und Kenntnisnahme personenbezogener Daten ist auf das zur Erfüllung der vertraglichen Leistungen erforderliche Maß zu beschränken.
- (4) Gemäß § 391 Abs. 1 SGB V trifft die Auftraggeberin nach dem Stand der Technik angemessene organisatorische und technische Vorkehrungen zur Vermeidung von Störungen der Verfügbarkeit, Integrität und Vertraulichkeit ihrer informationstechnischen Systeme, Komponenten oder Prozesse, die für die Funktionsfähigkeit sowie – soweit im Rahmen der Leistungserbringung personenbezogene Daten, insbesondere Patienteninformationen, verarbeitet werden – für deren Schutzbedarf maßgeblich sind.

## **§ 25 Schlussbestimmungen**

- (1) Die Angabe der Auftraggeberin als Referenzauftraggeber gegenüber Dritten oder für werbliche oder sonstige Zwecke ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin zulässig.
- (2) Die Parteien sind sich bewusst, dass E-Mail-Nachrichten von Dritten gelesen, verändert, verfälscht werden, verloren gehen oder mit Viren befallen sein können. Ansprüche können hieraus nicht hergeleitet werden. Die Auftraggeberin hat das Recht, ein gemeinsames Verschlüsselungsverfahren einzurichten.
- (3) Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform, soweit nicht notarielle Beurkundung erforderlich ist. Das Schriftformerfordernis gilt auch für Änderungen, Aufhebungen oder einen Verzicht auf die Einhaltung dieser Klausel.
- (4) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus oder im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ergebenden Streitigkeiten ist Murnau.
- (5) Bei Auslegung des Vertrags ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (6) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit später verlieren, so berührt dies die Gültigkeit der anderen Vertragsbestimmungen nicht. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen soll eine wirksame und durchführbare Regelung gelten, die - soweit rechtlich möglich - dem am nächsten kommt, was die



Vertragsschließenden gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt haben würden, sofern sie bei Abschluss dieses Vertrages diesen Punkt bedacht hätten.

---

(Ort, Datum)

---

Markus Schepp, Geschäftsführer  
BG Klinikum Murnau gGmbH

---

(Ort, Datum)

---

[Name / Unterschrift / Stempel]

**Anlagen:**

1. Leistungsbeschreibung
2. Preisblatt
2. Tariftreueerklärung
3. Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung
4. Konzept zum Prüfablauf
5. Konzept für Personaleinsatz und Ausfallsicherung